56. Sitzung

Dienstag, den 01. Oktober 2013

Mainz, Deutschhaus

Der Landtag gedenkt mit einer Schweigeminute des verstorbenen stellvertretenden Ministerpräsidenten a. D. und Landwirtschaftsministers a. D. Otto Meyer.

Die Tagesordnung für die 56. und 57. Plenarsitzung am 1. und 2. Oktober 2013 wird auf der Grundlage der ausgedruckten Tagesordnung mit der Maßgabe festgestellt, dass für den Tagesordnungspunkt 4 die Frist zwischen der Verteilung und der ersten Beratung gemäß § 52 Abs. 2 i. V. m. § 68 Abs. 1 Satz 1 GOLT abgekürzt wird.

Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 (LHG 2014/2015)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 16/2750 –

Erste Beratung

dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2013 bis 2018

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 16/2772, Vorlage 16/3002 – 3601

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/2750 – wird von Herrn Staatsminister Dr. Kühl begründet.

Die erste Beratung wird mit der Aussprache in der 57. Plenarsitzung am 2. Oktober 2013 fortgesetzt.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsidentin Frau Malu Dreyer; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühl, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz, Alexander Schweitzer; Staatssekretärin Frau Jacqueline Kraege.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Ellen Demuth, Thomas Günther, Andreas Hartenfels, Stephanie Nabinger, Anna Neuhof; Staatssekretär Walter Schumacher.

Rednerverzeichnis:

Dr. Kühl, Minister der Finanzen: 3601
Präsident Mertes:..... 3601, 3610

56. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 1. Oktober 2013

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Ich darf Sie zur 56. Plenarsitzung des Landtags herzlich begrüßen. Mit mir werden als schrittführende Abgeordnete Frau Dr. Ganster und Herr Oster hier oben die Sitzung leiten.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, bitte ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Meine Damen und Herren, Otto Meyer ist für viele vielleicht nur eine Legende, aber das war er auch. Er war sehr lange unser Landwirtschaftsminister. Er war stellvertretender Ministerpräsident. Er kam aus dem Taunus und ist jetzt gestorben. Wir verdanken ihm den Aufbau – was für uns vielleicht ganz selbstverständlich klingt – einer vernünftigen Lebensmittelversorgung durch Landwirte, Bauern und Winzer nach dem Krieg. Das war so einfach nicht. Das war die schwierigste Aufgabe. Die Debatten in diesem Landtag gingen darum, dass wir den Franzosen vorwarfen, sie würden uns Kultur bringen, aber keine Kartoffeln.

Otto Meyer war derjenige, der in den 50- und 60er-Jahren die Landwirtschaft wieder auf die Beine brachte und dann die Modernisierung begann. Mit ihm ist eine leistungsfähige Landwirtschaft und vor allen Dingen ein ganz besonderer Ton verbunden. Die damalige Opposition hat in vielen Fällen seinen Einzelplan Landwirtschaft nicht abgelehnt – selbst wenn sie den Haushaltsplan abgelehnt hat – wegen Otto Meyer, wegen der Art und Weise, wie dieser Mann uns für sich und für seine Politik einnahm.

Er war Mitglied der CDU. Viele werden ihn vielleicht später noch einmal auf Parteitag und Dokumentationen gesehen haben. Jetzt ist er schon seit Langem weg. Es ist aber immer noch schmerzlich, an ihn zu denken und über ihn zu reden.

Herzlichen Dank.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Ich darf in den Regularien zur Sitzungseröffnung fortfahren. Wir haben Ihnen die fehlenden Drucksachen zu den Tagesordnungspunkten 3 und 14 noch fristgerecht nachgeliefert. Die Drucksache zum Tagesordnungspunkt 4 wurde wegen ihres Umfangs am Freitag, den 27. September, zugestellt und ist, wenn Sie der Tagesordnung zustimmen, als fristgemäß einzustufen. Änderungsanträge und Entschließungsanträge rufen wir gesondert auf.

Gibt es von Ihnen noch Wünsche zur Tagesordnung? – Dann ist die Tagesordnung so festgestellt.

Entschuldigt sind heute die Kolleginnen und Kollegen Demuth, Günther, Hartenfels, Nabinger und Neuhof sowie Staatssekretär Schumacher.

Als Gäste können wir noch niemand begrüßen, aber der Tag ist noch lang.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 (LHG 2014/2015) Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/2750 – Erste Beratung

dazu:

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2013 bis 2018 Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 16/2772, Vorlage 16/3002 –

Die Einbringungsrede erfolgt durch den Minister der Finanzen, Herrn Dr. Carsten Kühl. Herr Finanzminister, Sie haben das Wort.

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung bringt heute den Doppelhaushalt für die Jahre 2014 und 2015, die Finanzplanung bis zum Jahr 2018 und die Konsolidierungsplanung bis zum Jahr 2020 im Landtag ein. Es ist der zweite Doppelhaushalt und die zweite Konsolidierungsplanung seit Verabschiedung der neuen Schuldenbegrenzungsregel in unserer Verfassung. Das heißt, wir haben bereits Ergebnisse, mit denen wir unsere Planung für die Zukunft besser bewerten können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle heute fest, dieser Haushalt ist solide, transparent und setzt die richtigen politischen Schwerpunkte.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kluges Sparen in Zeiten der Schuldenbremse bleibt unsere Richtschnur. Die Landesregierung geht einen konsequenten Weg, einen Weg, den wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz bei allen Zumutungen, die Einsparungen mit sich bringen, verantworten können. Es geht um die gesellschaftspolitisch verantwortbaren Entscheidungen, um die strukturelle Neuverschuldung bis zum Jahr 2020 Schritt für Schritt zu reduzieren.

Transparent, solide und konsequent: Wir haben die Einsparnotwendigkeiten – auch für die zukünftigen Jahre – klar benannt und setzen diese – auch entgegen manch öffentlicher Kritik – stringent um. Die Konsolidierung konsequent realisieren und dabei die Handlungsmöglichkeiten künftiger Generationen erhalten – meine

Damen und Herren, diesen Spagat zu leisten, ist die gesellschaftspolitische Verantwortung, der wir uns stellen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deshalb ist im Interesse von uns Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern ebenfalls wichtig, dass wir

- der jungen und der zukünftigen Generation ein leistungsfähiges und an Chancengerechtigkeit orientiertes Bildungssystem weiterhin unentgeltlich zur Verfügung stellen,

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

- unsere Infrastruktur- und unsere Forschungspolitik so gestalten, dass innovative Unternehmen in Rheinland-Pfalz investieren und zukunftsfähige Arbeitsplätze in unserem Land entstehen und
- ökologische Herausforderungen heute angehen und nicht in die Zukunft verschieben, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir stellen uns dieser Verantwortung. Für diese gesellschaftspolitischen Ziele muss der Landeshaushalt Mittel bereitstellen.

Die Schuldenbremse ist eine wichtige überparteiliche Verabredung im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder. Sie ist eben nicht eine Anleitung zur Entstaatlichung, und sie ist auch nicht die späte Rache des Neoliberalismus an der sozialen Marktwirtschaft.

Meine Damen und Herren, sie verlangt unbestreitbar die Konzentration auf das Wesentliche, und sie erhält einen handlungsfähigen und aktiven Staat, wenn sie klug und verantwortungsvoll umgesetzt wird.

Dieser handlungsfähige Staat ist zwingende Voraussetzung für das Funktionieren einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Die Bedürfnisse der Älteren, der Schwächeren, der Kranken und der Pflegebedürftigen werden ebenso wenig durch den freien Markt befriedigt wie Chancengerechtigkeit, kulturelle Vielfalt und Rücksichtnahme auf eine intakte Umwelt. Wem diese Werte wichtig sind – und uns Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern sind sie wichtig –, der muss beides wollen, meine Damen und Herren: Rückführung der Verschuldung und Sicherung eines handlungsfähigen Staates.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Landtag hat 2010 einstimmig die neue Schuldenbegrenzungsregel beschlossen. Danach hat das Land sein strukturelles Defizit regelmäßig so zu verringern, dass im Jahr 2020 ein ausgeglichener Haushalt realisiert werden kann. Entscheidend gegenüber der vorherigen Schul-

denbegrenzungsregelung in unserer Verfassung ist, dass die insbesondere unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten untaugliche Zielgröße „Nettokreditaufnahme“ durch die Zielgröße des „strukturellen Defizits“ ersetzt wird.

Meine Damen und Herren, merkwürdig ist, dass dieser Paradigmenwechsel hier im Land immer wieder infrage gestellt wird, obwohl er im Jahr 2009 auch im Deutschen Bundestag und im Bundesrat von einer breiten politischen Mehrheit getragen wurde und in der Finanzwissenschaft einhellig befürwortet wird. Diesen Paradigmenwechsel in unserer Verfassung zu akzeptieren, ist keine Frage der politischen Opportunität bzw. es sollte keine sein, meine Damen und Herren!

Es ist allzu offensichtlich, warum das strukturelle Defizit als Richtgröße ökonomisch klüger und vor allen Dingen weniger strategie- und weniger manipulationsanfällig ist als die bisherige an der Nettokreditaufnahme und den Investitionen orientierte Schuldengrenze.

Der strukturelle Saldo setzt auf dem Finanzierungssaldo des Landeshaushalts auf. Im Unterschied zu diesem werden konjunkturell bedingte Mehr- und Mindereinnahmen bei den Steuern nicht berücksichtigt. Auch werden Einnahmen und Ausgaben, die die Finanzvermögensposition des Landes nicht verändern, die sogenannten finanziellen Transaktionen, herausgerechnet. So zählen zum Beispiel Darlehensvergaben des Landes nicht zu den strukturellen Ausgaben und Darlehensrückflüsse logischerweise nicht zu den strukturellen Einnahmen.

Zusätzlich zum strukturellen Saldo des Kernhaushalts werden die Kreditaufnahme der Landesbetriebe und der Universitätsklinik sowie die Salden des Pensionsfonds, der Versorgungsrücklage und des Sondervermögens „Wissen schafft Zukunft“ einbezogen. Dieser letzte Hinweis auf die Einbeziehung all dieser Nebenhaushalte gilt all denen, die nach der Vorstellung des neuen Doppelhaushalts meinten, die Verschuldung würde schöngezeichnet, weil sogenannte Nebenhaushalte nicht erfasst würden.

Meine Damen und Herren, das ist falsch: Sie werden alle einbezogen. Das war ausdrücklicher Wille dieses Parlaments, als wir die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert haben. Dann sollten wir uns auch an diese Sprachregelung halten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Im Dezember 2010 haben wir die neue Schuldenregel in die rheinland-pfälzische Verfassung übernommen. Bis heute sind wir eines der wenigen Bundesländer, die diesen Schritt gegangen sind.

Ich komme damit zu der wichtigen Frage, ob und inwieweit wir dem Gebot des Defizitabbaus bisher und mit dem jetzt zur Beratung anstehenden Doppelhaushalt Rechnung tragen.

Nach der Landesverfassung wäre das strukturelle Defizit des Jahres 2010 gleichmäßig, das bedeutet, in mindes-

tens proportionalen Schritten, bis 2020 auf null zu reduzieren. Anders ausgedrückt: Im Jahr 2015, also dem zweiten Haushaltsjahr, das wir mit diesem Doppelhaushalt gesetzlich bestimmen, wäre ein strukturelles Defizit von maximal 1,03 Milliarden Euro erlaubt.

Dieses Parlament hat sich im Juni 2012 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Verabschiedung des Ausführungsgesetzes zur Verfassungsvorschrift selbst verpflichtet, das niedrigere strukturelle Defizit des Haushalts 2011 als Ausgangspunkt für die linear-stetige Abbaulinie als Obergrenze zu nutzen. Folge: Die zu beachtende Obergrenze fiel dadurch für alle weiteren Jahre bis 2020 nochmals ambitionierter aus. – Das heißt: Die zuverlässige Neuverschuldung muss in jedem Jahr geringer sein, als das nach der Verfassung eigentlich möglich gewesen wäre. – Konkret: Im Jahr 2015 sollte der Landeshaushalt maximal ein strukturelles Defizit von 906 Millionen Euro aufweisen.

In der Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2016 hat die Landesregierung parallel zur Verabschiedung des Doppelhaushalts – damals 2012/2013 – eine Konsolidierungsplanung bis zum Jahr 2020 festgelegt. Mit dieser Konsolidierungsplanung haben wir nochmals einen deutlich ehrgeizigeren Abbaupfad für die strukturelle Neuverschuldung definiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war möglich, weil diese Koalition den Mut hatte, in ihrer Koalitionsvereinbarung für diese Legislaturperiode nachhaltige Einsparungen konkret festzulegen und diese dann auch konsequent umzusetzen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mir ist das schon bewusst, einfach war und ist das für die Kolleginnen und Kollegen aus den Fachressorts nicht. Aber es gehört zum Selbstverständnis einer Koalition, die Nachhaltigkeit als eines ihrer gesellschaftspolitischen Leitbilder versteht. Für unseren Abbaupfad des strukturellen Defizits lässt sich dies in Zahlen ablesen. Unsere selbst gesteckte Zielgröße für das Jahr 2015, die wir bereits im Jahr 2012 festgelegt haben, betrug 638 Millionen Euro strukturelle Neuverschuldung.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis kann sich sehen lassen: Nach dem Entwurf der Landesregierung für den Doppelhaushalt wird das strukturelle Defizit im Jahr 2015 mit 607 Millionen Euro auch das selbst gesteckte Ziel aus der Finanzplanung deutlich unterschreiten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Noch einmal zum Verständnis, weil viele Zahlen genannt wurden, rekapituliert: Die Verfassung lässt für das Jahr 2015 1,03 Milliarden Euro strukturelles Defizit zu, das Ausführungsgesetz 906 Millionen Euro, die eigene Zielmarke 638 Millionen Euro, und im Doppelhaushalt werden 607 Millionen Euro erreicht.

Ich finde, das ist ordentlich und zeigt, dass diese Koalition der Konsolidierung des Landeshaushalts oberste Priorität einräumt und auch unbequeme politische Ent-

scheidungen geschlossen trägt. Ich sage aber auch ganz klar: Die Situation der meisten westdeutschen Landeshaushalte ist so, dass wir noch Schulden machen müssen. Jeder Euro Schulden ist 1 Euro zu viel. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Verschuldung strukturell abbauen und – wie eben beschrieben – diesen Schuldenabbau schneller vornehmen, als die Verfassung es vorsieht.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass auch im Jahr 2014 das strukturelle Defizit mit 716 Millionen Euro unter den zuvor genannten Grenzen der Verfassung, des Ausführungsgesetzes und der Konsolidierungsplanung liegt. Bis zum Jahr 2020 – das wissen Sie – gilt die alte Schuldenbegrenzungsregel, wonach die Nettokreditaufnahme die öffentlichen Investitionen nicht übersteigen darf, übergangsweise fort. Auch diese Grenze, meine Damen und Herren, wird deutlich eingehalten. Die öffentlichen Investitionen übersteigen die Nettokreditaufnahme im Jahr 2014 um mehr als 100 Millionen Euro und im Jahr 2015 um mehr als 200 Millionen Euro; bezieht man die Landesbetriebe mit ein – was wir wohl tun müssen –, wird der Abstand noch einmal deutlich größer.

Meine Damen und Herren, angesichts der Kritik von mancher Seite an den Einsparmaßnahmen der Landesregierung mag man sich die Frage stellen, ob es überhaupt sinnvoll ist, die Ausgaben stärker zurückzuführen, als dies gesetzlich notwendig ist.

(Baldauf, CDU: Wer stellt sich denn so eine Frage?)

Mindestens drei Gründe, meine sehr verehrten Damen und Herren, sprechen dafür:

Erstens stabilisiert ein gewisser Sicherheitsabstand zu den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzen den Landeshaushalt gegenüber unerwarteten Entwicklungen im Haushaltsvollzug.

Zweitens bedeutet eine überproportionale Rückführung der strukturellen Neuverschuldung eine geringere Zinsbelastung und damit geringere Konsolidierungsanstrengungen auf dem Weg zur Nullverschuldung im Jahr 2020.

Und drittens, meine sehr verehrten Damen und Herren: Am Ende muss die Null stehen. Ende 2020 muss die strukturelle Neuverschuldung null sein. Irgendwann muss gespart werden. – Anders gewendet: Aufgeschoben wäre nicht aufgehoben.

Meine Damen und Herren, nun aber zu glauben, man müsste und könnte nach dieser Logik doch gleich das strukturelle Defizit noch stärker oder am besten sofort auf null senken, wäre allerdings naiv. Der später folgende Blick auf unsere Einsparmaßnahmen wird zeigen, dass viele Maßnahmen einen konzeptionellen oder organisatorischen Vorlauf benötigen, sie an die demografische Entwicklung angepasst werden müssen und sie – und das ist zweifellos am schwierigsten – ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Akzeptanz verlangen. Dass die weit überwiegende Zahl der Ausgabenkürzungen bei den Betroffenen auf Widerstand stößt, sollte man meines Erachtens aber nicht als schlichten Lobby-

ismus oder als Besitzstandswahrung abtun. Man kann und sollte es auch als ein Indiz dafür ansehen, dass unser Gemeinwesen unterfinanziert ist.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ja, meine Damen und Herren, es gibt gute Gründe, den notwendigen Konsolidierungsprozess durch eine solidarischemere und an der Leistungsfähigkeit unserer Bürgerinnen und Bürger orientierte Steuerpolitik zu unterstützen. Wer in Rheinland-Pfalz einerseits die Übernahme des Tarifs für die Besoldung und Versorgung verlangt,

(Licht, CDU: Das ist ein sozialdemokratischer
Teppich für die Koalitionsverhandlungen!)

gleichzeitig aber konsequent zumindest bis zwei Tage nach der Bundestagswahl das Problem des unterfinanzierten Gemeinwohls leugnet, der verspricht den Menschen mehr, als zu verantworten ist.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bundestag und Bundesrat haben aus guten Gründen den Ländern eine Übergangszeit bis 2020 eingeräumt, um ihre strukturelle Neuverschuldung auf null zurückzufahren; denn die Ausgangssituation war in nahezu allen Ländern äußerst schwierig. Alle westdeutschen Länder außer Bayern und Baden-Württemberg standen und stehen vor einer Herkulesaufgabe. Bei den ostdeutschen Ländern werden – das wissen alle – diese Probleme erst in den nächsten Jahren mit dem Wegfall der Aufbau-Ost-Förderung sichtbar werden.

Für Rheinland-Pfalz lässt sich die Aufgabe in Zahlen fassen. Das strukturelle Defizit von 2011 in Höhe von 1,63 Milliarden Euro muss nach neun Jahren abgebaut sein, bei gleichzeitig zum Teil dramatisch steigenden zwangsläufigen Ausgaben, also solchen Ausgabenverpflichtungen, die erfüllt werden müssen und einer Konsolidierung kaum oder gar nicht zugänglich sind. Am deutlichsten wird dies an den Versorgungsaufwendungen für ehemalige Beamtinnen und Beamte des Landes. Die Ausgaben für Pensionäre werden im Zeitraum von 2011 bis 2020 um 808 Millionen Euro ansteigen und damit um mehr als die Hälfte wachsen.

Meine Damen und Herren, wer die Zukunft gestalten will, muss die Entwicklungen der Vergangenheit kennen und sie in seine Überlegungen einbeziehen.

(Licht, CDU: Das ist korrekt!)

Auf vier Aspekte möchte ich deshalb gerne hinweisen.

1. Es gab in den letzten zwanzig Jahren zwei Ereignisse, die die Einnahmesituation aller öffentlichen Haushalte nachhaltig und damit strukturell dramatisch aus dem Gleichgewicht gebracht haben: die deutsche Einheit und die Finanzkrise.

(Zuruf aus dem Hause: Und der Nürburgring! –
Zurufe von der CDU)

Die Folgen in den Länderhaushalten sind noch heute zu spüren.

2. Die militärische Konversion hat in Rheinland-Pfalz immense Spuren hinterlassen und das Land strukturell vor große finanzielle Herausforderungen gestellt. Über 600 Liegenschaften des Militärs wurden von 1991 bis 2012 aufgegeben; insgesamt sind in diesem Zeitraum Konversionsmittel in Höhe von fast 2 Milliarden Euro geflossen und haben den Landeshaushalt bis an die Grenzen des Erträglichen belastet.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das hat auch eine
positive Seite, nicht nur negative!)

Fast alle Projekte waren ein Nukleus für wirtschaftliche Prosperität, eine Keimzelle für neue Arbeitsplätze, meine Damen und Herren. Wenige sind gescheitert, manche sind zu teuer geraten. Aber die strukturellen Herausforderungen aus Angst vor dem Scheitern nur zögerlich anzugehen, wäre für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger – da bin ich mir sicher – erst richtig teuer geworden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

3. Seit mehr als 20 Jahren zieht sich ein Schwerpunkt wie ein roter Faden durch die rheinland-pfälzische Politik: bessere Betreuung, bessere Bildung, mehr Chancengerechtigkeit.

(Frau Schneider, CDU: Schulden!)

Hierfür hat das Land beträchtliche finanzielle Mittel aufgewendet. Und diese Investitionen, meine Damen und Herren, haben sich gelohnt: für die Kinder, für ihre Eltern und für die Wirtschaft des Landes. Hier haben wir mehr getan als andere. Hier sind wir Pioniere, andere eifern uns da heute nach. Wir haben investiert, in die Köpfe unserer Kinder und in gute Standortbedingungen für unsere Unternehmen. Diese Investitionen haben sich und werden sich – um in dem Sprachbild zu bleiben – amortisieren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Unsere Bildungspolitik ist erfolgreiche Gesellschaftspolitik und erfolgreiche Wirtschaftspolitik zugleich.

4. Das Land Rheinland-Pfalz wird im heutigen System des innerstaatlichen Finanzausgleichs – um es vorsichtig auszudrücken – nicht gerade bevorzugt. Das – daran gibt es keinen Zweifel – verschafft uns nicht gerade faire Startchancen bei der Erfüllung unserer öffentlichen Aufgaben.

Die Beispiele, meine Damen und Herren, machen deutlich, dass die Ausgangssituation mit Verabschiedung der Schuldenbremse für uns fiskalisch nicht einfach war. Wenn wir aber heute sagen können, dass wir nach vier von neun Jahren, also nach weniger als der Hälfte der Zeit, im Jahr 2015 bereits zwei Drittel unserer Konsolidierungsaufgabe bewältigt haben, dann dürfen wir auch

feststellen, dass wir beim Schuldenabbau sehr vieles richtig gemacht haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir sprechen heute, morgen und die nächsten Wochen über den Haushaltsplanentwurf der Landesregierung. Wir sollten aber nicht vergessen, dass zur Finanzpolitik auch und gerade der Haushaltsvollzug zählt. Und diesen Haushaltsvollzug gestalten wir restriktiv. Wir können das für 2012 unschwer daran erkennen, dass das strukturelle Defizit im Ist deutlich geringer war als in der Veranschlagung. Es lag um rund 350 Millionen Euro niedriger als bei der Haushaltsverabschiedung veranschlagt. Und deshalb bin ich optimistisch, meine Damen und Herren, dass es uns auch im Jahr 2013 gelingen wird, weniger Schulden aufzunehmen, als im Haushaltsplan vorgesehen.

(Baldauf, CDU: Wenn man immer so Riesenzahlen da reinschreibt!)

Das Prinzip, auf der sicheren Seite zu veranschlagen, prägt auch den Doppelhaushalt 2014/2015. Wir haben die Zinsen so kalkuliert, dass wir von einer schnellen Normalisierung des derzeit historisch niedrigen Zinsniveaus ausgehen. Ich halte diesen Fall, dass es sich schnell normalisiert, gar nicht für allzu wahrscheinlich. Er würde entweder einen Paradigmenwechsel der Europäischen Zentralbank voraussetzen oder eine rasche Stabilisierung in den europäischen Krisenstaaten. Der erste Weg wäre problematisch, und deshalb wird ihn die Europäische Zentralbank hoffentlich auch nicht gehen. Der zweite Grund wäre wünschenswert, ist aber leider nicht sehr wahrscheinlich. Dennoch, meine Damen und Herren: Wir haben vorsichtig kalkuliert, auch weil wir den Landeshaushalt nicht den Unwägbarkeiten der Finanzmärkte aussetzen wollen.

Bei den Steuereinnahmen berücksichtigen wir einen positiven Zensus-Effekt von prognostizierten 180 Millionen Euro. Umgekehrt haben wir die relativ starke Verbesserung der Realsteuerkraft unserer Kommunen – was vom Grundsatz her sehr erfreulich ist, die aber zu geringeren Zuweisungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs führt und von der wir noch nicht genau wissen, ob sie ein temporäres oder ein strukturelles Phänomen ist – so kalkuliert, dass sie über einen längeren Zeitraum zu Mindereinnahmen im Landeshaushalt führt. Wir setzen diesen Effekt mit rund 70 Millionen Euro pro Jahr an.

Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zum Zensus. Mit dem Zensus 2011 wurde offenbar, dass die zentrale Verteilungsgröße des Finanzausgleichs, die relative Einwohnerzahl für Rheinland-Pfalz, wohl über Jahre hinweg zu niedrig ermittelt wurde. Die seit 25 Jahren fortgeschriebenen Einwohnerzahlen der letzten Volkszählung waren in allen Ländern deutlich zu hoch fortgeschrieben worden. Unser gutes Einwohnerregister führte jedoch offensichtlich dazu, dass in Rheinland-Pfalz die Fehler am geringsten waren.

Meine Damen und Herren, das ist einerseits natürlich erfreulich, andererseits kann es aber nicht sein, dass wir

in Rheinland-Pfalz über Jahre hinweg für eine korrekte Einwohnerermittlung bestraft werden. Die finanziellen Folgen sind alles andere als unerheblich. Während wir die Schulausbildung, die Kita-Plätze, die Straßen, die ganze öffentliche Infrastruktur für reale Menschen finanzierten, fehlten uns bei der Umsatzsteuer und im Finanzausgleich aufgrund von nicht existenten Einwohnern in anderen Ländern die entsprechenden Mittel, um diese Ausgaben ohne oder mit weniger Krediten zu finanzieren. Geht man davon aus, dass sich der beim Zensus 2011 korrigierte Fehler linear in den letzten 25 Jahren seit der Volkszählung 1987 aufgebaut hat, dann hätten dem Land bei korrekten Einwohnerzahlen insgesamt 2,3 Milliarden Euro höhere Einnahmen zugestanden. Mit Zins und Zinseszins könnte unser heutiger Schuldenstand um 3,6 Milliarden Euro geringer sein!

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, zur vorsichtigen Veranschlagung gehört auch, dass wir für offene Risiken bei den Personalausgaben Vorsorge getroffen und die Ausgaben, die durch Bundesgesetze bestimmt werden und vom Land zumindest (mit)finanziert werden müssen, konservativ kalkuliert haben. Die Kostensteigerungen, die wir bei den Leistungen für Asylbewerber in diesem Jahr erlebt haben, zeigen, dass unvorhersehbare Ereignisse zu dramatischen Kostensteigerungen führen können. Hierzu zählt die zunehmende Zahl von Menschen, die gezwungen sind, aus Syrien zu flüchten, und hierzu zählt auch das längst überfällige Urteil des Verfassungsgerichts, Asylsuchende nicht schlechter als das nationale Existenzminimum zu stellen. Auch für solche Fälle ist es hilfreich, meine Damen und Herren, einen gewissen Abstand zu den rechtlich zulässigen Schuldengrenzen einzuhalten, um im Haushaltsvollzug entsprechend flexibel reagieren zu können.

(Baldauf, CDU: Bei der Beamtenbesoldung!)

Sehen wir uns den Landeshaushalt auf der Einnahmeseite und auf der Ausgabenseite genauer an. Da kann man zunächst feststellen – und das ist erfreulich –, dass die Einnahmen mit einer deutlich höheren Rate wachsen als die Ausgaben.

Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 stehen uns im Jahr 2015, also im zweiten Jahr des Doppelhaushalts, 915 Millionen Euro mehr als strukturelle Steuereinnahmen zur Verfügung. Das ist eine ganze Menge Geld. Dieser Anstieg ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gut war und dass es – entgegen der Ankündigungen in der Koalition der bisherigen Bundesregierung – nicht zu massiven Steuersenkungen gekommen ist.

Gemeinhin wird bei Steuereinnahmen, wie sie auch jetzt wieder zu verzeichnen sind, von Rekordsteuereinnahmen gesprochen. Damit verbindet sich immer wieder die Assoziation, man könne doch das, was zusätzlich an Steuereinnahmen eingenommen wird, verwenden, um entweder die Steuerbelastung der Bürgerinnen und Bürger zu senken oder um die Kreditaufnahme des Haushaltes um diesen Betrag zu senken. In unserem Fall hieße das: rund 900 Millionen Euro mehr in 2015, wir lassen die Ausgaben in 2014 und 2015 konstant,

brauchen also nicht einmal einzusparen im Sinne von Kürzungen, und das strukturelle Defizit kann um 900 Millionen Euro reduziert werden.

(Zurufe der Abg. Licht und
Frau Klöckner, CDU)

– Ich habe Ähnliches, wie der Kommentar von Herrn Licht bestätigt, in diesem Hause bei solchen Debatten des Öfteren gehört; wenn es denn nur so einfach wäre.

Die Steuereinnahmen steigen, weil das Sozialprodukt steigt und gleichzeitig auch die Ansprüche an die Leistungen aus dem Landeshaushalt. Wenn ich von Ansprüchen rede, dann rede ich nicht von Wünschen, sondern von Verpflichtungen – insbesondere von rechtlichen Verpflichtungen.

Ich will Ihnen anhand von nur fünf Beispielen aus diesem Doppelhaushalt gerne aufzeigen, wie schnell die 900 Millionen Euro in der Sonne der Verpflichtungen fast komplett dahinschmelzen. Die Mittel im kommunalen Finanzausgleich werden in den nächsten beiden Jahren um netto rund 350 Millionen Euro erhöht, weil das Land seine Kommunen an seinen Steuereinnahmen beteiligt und – diese Debatte wurde in der letzten Sitzung dieses Hauses noch einmal geführt – weil das Land mit dem neuen Landesfinanzausgleichsgesetz über die bisherige gesetzliche Verpflichtung hinaus den Kommunen weitere Mittel zur Verfügung stellt. Rund 230 Millionen Euro wendet das Land mehr für seine Pensionäre auf, weil es mehr Pensionäre gibt. Das hat etwas mit der demografischen Entwicklung zu tun.

Um gut 100 Millionen Euro steigen die Ausgaben aufgrund von Besoldungs- und Tariferhöhungen und steigenden Krankenversicherungsleistungen. Für Sozialleistungen, die aufgrund bundesgesetzlicher Vorschriften geleistet werden müssen, entstehen Mehrausgaben von rund 50 Millionen Euro. Um Ihnen noch ein Beispiel auf der Einnahmeseite – jenseits der Steuern – zu geben, die Lottoeinnahmen des Landes sinken um 20 Millionen Euro, weil offensichtlich die zunehmende Konkurrenz von meist illegalen Internetglücksspielen zu einem deutlichen Umsatzeinbruch führt.

Wenn man diese fünf Beispiele zusammenaddiert, dann kommt man auf 750 Millionen Euro, die Sie den rund 900 Millionen Euro Steuereinnahmen gegenüberstellen müssen. Wenn Sie die vielen Tausende von Titeln im neuen Doppelhaushalt durchforsten, werden Sie weitere Ausgaben entdecken, die überwiegend zwangsläufig sind und zu kaum beeinflussbaren Ausgabensteigerungen führen. Die Lücke, die jetzt noch rund 150 Millionen Euro beträgt, wird rasch geschlossen.

Wer jetzt immer noch glaubt, dass man keine steigenden Steuereinnahmen – also sogenannte Rekordsteuereinnahmen – bräuchte, oder meint, Mehrsteuereinnahmen einfach mal so ohne weiteres Zutun für den Schuldenabbau verwenden zu können, für den hätte man wohl mehr von den Steuereinnahmen in seine Bildung investieren müssen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn Sie das strukturelle Defizit senken wollen, müssen Sie letztlich weniger zusätzlich ausgeben, als Sie zusätzlich einnehmen; so einfach ist das. Sie dürfen also die Lücke gar nicht schließen. Das ist – dies habe ich eingangs ausführlich dargestellt – mit diesem Haushalt bestens gelungen. Das strukturelle Defizit ist nämlich 2015 um 230 Millionen Euro geringer als im Jahr 2013.

Wenn aber, wie gerade dargelegt, aufgrund quasi zwangsläufiger Mehrausgaben keine Luft mehr besteht, einen Teil der Mehreinnahmen für eine Rückführung des Defizits zu verwenden, dann müssen Sie Ausgaben senken, also an anderer Stelle sparen, um Verschuldung abzubauen. Wenn Sie noch Geld aufwenden wollen, um in wichtigen gesellschaftspolitischen Bereichen zu gestalten, mehr auszugeben, dann müssen Sie dieses Geld durch weitere Kürzungen an anderer Stelle „ersparen“. Anders funktioniert es nicht – das ist nicht Ideologie, das ist Arithmetik.

Meine Damen und Herren, wir haben gespart, und wir werden gestalten.

Wir haben die bereits in der Koalitionsvereinbarung beschlossenen Maßnahmen, die über mehrere Jahre Wirkungen entfalten, konsequent weitergeführt. Hierzu gehören unter anderem

- Maßnahmen im Bereich des finanziellen Dienstrechts, darunter die Begrenzung der Besoldungsanpassungen auf jährlich 1 %,
- die Verringerung der Zahl der Landesbediensteten um 1.575 alleine in den beiden Jahren des neuen Doppelhaushalts,
- die Reduzierung der Zahl der Landesgesellschaften, die Projektentwicklungsgesellschaft des Landes Rheinland-Pfalz und das Mittel- und Osteuropazentrum sind oder werden aufgelöst,
- die Fusion von Landestreuhandbank und Investitions- und Strukturbank GmbH zur „neuen“ ISB als Anstalt des öffentlichen Rechts,
- die Reduzierung der Hochbauausgaben um fast 40 Millionen Euro,
- die Reduzierung der Ausgaben im Bereich der Vermessungs- und Katasterverwaltung.

Wir haben mit unserem Konsolidierungskonzept bereits bei der Beratung des letzten Doppelhaushaltes deutlich gemacht, dass neben den über mehrere Jahre angelegten Konsolidierungsmaßnahmen, über die ich eben gesprochen habe, eine Vielzahl weiterer, betragsmäßig zum Teil auch kleinerer Einsparmaßnahmen bei jeder weiteren Haushaltsaufstellung notwendig sein wird, um den Abbaupfad des strukturellen Defizits einzuhalten. Zum Teil sind diese Einsparungen möglich, weil Effizienzpotenziale genutzt werden. Im unternehmerischen Bereich würde man von Produktivitätsfortschritt sprechen.

Zum Teil entfallen aber auch Bedarfe, oder sie werden geringer. In beiden Fällen wird das öffentliche Leistungsangebot nicht eingeschränkt, sondern lediglich günstiger hergestellt oder an sinkende Bedarfe angepasst. Leider ist das nur der kleinere Teil dieser Konsoli-

dierungsmaßnahmen. Die meisten sind – so wie man das beim Sparen ohnehin erwartet – mit Verzicht verbunden.

Ich kann und möchte Ihnen diese vielen Einzelmaßnahmen hier nicht im Detail darlegen. Wir haben exemplarisch bei der öffentlichen Vorstellung des Regierungsentwurfs Ende August rund 50 einzelne Maßnahmen aus den Bereichen der Zuschüsse, der Verwaltungs- und Investitionsausgaben oder aus der Öffentlichkeitsarbeit präsentiert und erläutert. Sie sind auch heute noch auf der Homepage der Landesregierung eingestellt. Ich bin sicher, dass diese vielen einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen zu Recht in den Ausschussberatungen ausführlich diskutiert werden.

Die Menschen in diesem Land haben einen Anspruch darauf, dass Politik auch in Zeiten einer harten Konsolidierung einen gestalterischen Impetus hat. Dafür ist diese Koalition von den Menschen in diesem Land auch gewählt worden. Dazu sind Ausgaben zwar nicht in allen Fällen notwendig, aber in manchen Bereichen ist Gestaltung ohne zusätzliche Ausgaben schlicht unmöglich.

Für den Ausbau der frühkindlichen Betreuung haben wir in dieser Legislaturperiode 53 Millionen Euro Landesmittel für Investitionen bereitgestellt. Hinzu kommen jährlich deutlich steigende Landesmittel für die Betriebskosten in Höhe von 397 Millionen Euro in 2014 und 424 Millionen Euro im Jahr 2015.

Wir stehen für ein leistungsfähiges, soziales, durchlässiges und aufstiegsorientiertes Bildungssystem. Die Ausgaben pro Schüler bzw. Schülerin werden von jährlich 3.537 Euro in 2012 auf 3.696 Euro im Jahr 2015 steigen.

Um die pädagogischen Rahmenbedingungen in den Schulen weiter zu verbessern, werden wir in einem bis 2016 angelegten Stufenplan die maximalen Klassengrößen in den ersten sechs Schuljahren schrittweise senken. Des Weiteren wird der Vertretungspool im Schulbereich ausgebaut; in den kommenden Jahren erfolgt eine Erweiterung von derzeit 300 Beamtenstellen auf 800 Stellen.

Für die Hochschulen wurde zu Beginn der Legislaturperiode das Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“ um 254 Millionen Euro und in diesem Jahr um weitere 30 Millionen Euro aufgestockt – auch mit Blick auf den von den Ländern und dem Bund gemeinsam finanzierten Hochschulpakt. Das Land stellt den Hochschulen mit dem Doppelhaushalt zudem 100 neue dauerhafte Stellen zur Verfügung.

Die rot-grüne Landesregierung steht zur gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur Hochschule.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gute Bildung für alle und Familienfreundlichkeit werden auch im Rahmen der Konsolidierungsnotwendigkeiten ein Markenzeichen dieser Regierung bleiben.

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 bilanziell 100 % der Stromversorgung aus

erneuerbaren Energien zu erreichen. Mit regional erzeugten, erneuerbaren Energien werden Wertschöpfungspotenziale generiert, die Wirtschaft gestärkt und zukünftige Arbeitsplätze geschaffen. Die neu gegründete Energieagentur Rheinland-Pfalz mit ihren acht Regionalbüros treibt gemeinsam mit der Verbraucherzentrale die Information und Beratung von Bürgern, Kommunen und Unternehmen zur Energiewende im Land voran. Auch hierfür werden in diesem Haushalt die finanziellen Voraussetzungen geschaffen.

Meine Damen und Herren, eine intakte Natur ist der Boden, auf dem wir und zukünftige Generationen stehen. Eine intakte Natur ist Lebensqualität. Wir schaffen mit diesem Haushalt die budgetären Voraussetzungen für einen neuen Nationalpark. Ich glaube, der Nationalpark ist eine große Chance für den Natur- und Artenschutz sowie für die Menschen der Region, in der er entsteht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Alle reden vom Hochwasserschutz. Wir haben in den vergangenen Jahren bereits einiges getan und vernachlässigen diesen Bereich auch in Zukunft nicht. Gerade das Jahr 2013 hat uns die Notwendigkeit des dauerhaften Hochwasserschutzes nochmals vor Augen geführt. Wir werden weiterhin Deiche verstärken und Anlagen von Retentionsräumen schaffen. Hierfür werden wir die notwendigen Mittel bereitstellen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen die Einsparmaßnahmen der Landesregierung skizziert und gesagt, an welchen Stellen wir bei der Ausgabenseite noch Zeichen und Schwerpunkte setzen wollen. Nichts im Leben ist alternativlos und Haushaltspolitik natürlich auch nicht. Wir haben selbstverständlich in unseren Beratungen über Alternativen nachgedacht. Wir haben die Dinge gegeneinander abgewogen und Entscheidungen getroffen. Manchmal ist man sich sicher, dass sie richtig sind. Bei einzelnen Einsparmaßnahmen, weiß man manchmal, dass es ein Richtig oder Falsch nicht gibt. Wir waren uns aber immer sicher, dass wir an unserer Konsolidierungsplanung und damit an dem Schulden-Abbaupfad bis 2020, den wir uns vor zwei Jahren vorgenommen haben, keine Abstriche machen. Ich bin sicher, vor diesem Hintergrund haben wir gute Entscheidungen getroffen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, schauen wir uns die Alternativen an, die uns auch in diesem Parlament gegeben werden. Nun weiß ich auch, dass sich die Fraktionen dieses Hauses erst im Zuge der Beratungen und nach Diskussion des Haushalts in den Ausschüssen eine abschließende Meinung bilden können. Aber es gibt ja bereits artikulierte Meinungsbildung, zum Teil durch Anträge, die in diesem Haus gestellt wurden. Ich denke, die Regierung hat die Pflicht, solche Überlegungen in ihre Meinungsbildung einzubeziehen. Dieser Pflicht sind wir nachgekommen. Die erste konstruktive Annäherung für einen Finanzpolitiker besteht darin – das mag eine Berufskrankheit sein –, dass er fragt, was kostet das

oder was spart das. Ich will das nicht ins Lächerliche ziehen; denn das erste Beispiel wird schon zeigen, dass man sich mit solchen Vorschlägen sehr ernsthaft auseinandersetzen muss.

Das gilt auch für die Frage der Besoldungserhöhungen. Wir erhöhen bekanntlich – und das war für uns eine sehr schwere, vielleicht die schwerste Konsolidierungsentscheidung – auch in den nächsten beiden Jahren die Besoldung und die Versorgung der Beamtinnen und Beamten um jeweils 1 %.

Wir haben diese Entscheidung im Zuge der Haushaltsberatungen überprüft. Wir haben die verfassungsrechtlichen ebenso wie die ökonomischen Aspekte vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen im Tarifbereich neu bewertet (das Gesetz stammt bekanntlich aus dem Jahr 2012) und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Erhöhung um zweimal 1 % angesichts der verfassungsrechtlichen Vorschriften zur Schuldenbegrenzung nach wie vor vertretbar ist.

Ja, man könnte auch – das ist natürlich eine Alternative, so wie das in diesem Haus durch entsprechende Anträge der Opposition eingefordert wurde – die Übernahme des Tarifs für die Beamten beschließen. Was bedeutet das fiskalisch? Das bedeutet Mehrausgaben im Jahr 2015 gegenüber dem, was in diesem Doppelhaushalt steht, von rund 180 Millionen Euro.

Der zweite Punkt betrifft die kommunale Finanzausstattung. Sie haben in den letzten Wochen wiederholt – gerade zuletzt bei den Beratungen des Landesfinanzausgleichsgesetzes – den Kommunen im Land versprochen, mit der CDU gäbe es mehr Geld. Wie viel das genau sein soll, lässt sich jetzt aber nur schwer beziffern. Das geht von 900 Millionen Euro, so Ihre kommunalpolitische Sprecherin, bis zu der recht cleveren sinn gemäßen Aussage „na ja, auf jeden Fall mehr als die Regierung“. Ich nehme einmal als Merkposten 200 Millionen Euro mehr als die Regierung und hoffe, dass ich damit nicht allzu weit unter Ihren Verheißungen liege.

Die Koalition hat sich bei der Reform des kommunalen Finanzausgleichs vom Urteil des Verfassungsgerichts leiten lassen und geht davon aus, dass wir im Jahr 2014 erstmals seit vielen Jahren wieder einen positiven Finanzierungssaldo bei den Kommunen in unserem Land erreichen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich meine, fast 500 Millionen Euro mehr in drei Jahren, nämlich von 2014 bis 2016, ist ein Ergebnis, hinter dem wir uns nicht verstecken müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte das mit den Beispielen nicht überzeichnen und jede Aussage, hinter der man zusätzliche Ausgaben vermuten könnte, auf die Waagschale legen, sondern es geht um die Dimension. Diese ist angesichts der harten Schuldenbegrenzungsregel schon wichtig.

Deshalb nenne ich ein letztes Beispiel, weil es durch Ihre politischen Äußerungen belegt und finanziell durch-

aus relevant ist. Die Beispiele sollen aber auch vermitteln und ein Gefühl dafür geben, ob in diesem Haushalt vernünftig oder nicht vernünftig gespart wird; denn das kann man nur vor dem Hintergrund von Alternativen entscheiden.

Ich komme zum letzten Beispiel. Sie sagen, die demografische Dividende solle zu 100 % und nicht, wie im Konsolidierungskonzept der Landesregierung vorgesehen, zum Teil bei den Schulen verbleiben. Einfacher ausgedrückt: Jede Lehrerstelle wird trotz sinkender Schülerzahlen wiederbesetzt. – So lautet Ihre Forderung. Die zusätzlichen Kosten dafür betragen im Jahr 2015 rund 40 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2013.

Das sind Alternativen. Keine dieser drei Forderungen ist für sich genommen absurd. Ich persönlich glaube, wenn man es schaffen würde, das mit der Schuldenbremse bis 2020 in Einklang zu bringen, sollte man das machen.

Es bleibt also die Frage, wie man das finanziell darstellt, und zwar unter der Annahme – sonst geht es mathematisch nicht auf –, dass alle Einsparungen, die die Landesregierung darüber hinaus vorgenommen hat, akzeptiert würden. Wenn man das nicht tut – das ist eine einfache Rechnung –, dann erhöht sich logischerweise entsprechend die Summe, die dargestellt werden muss.

Die Summe der drei Beispiele beträgt 420 Millionen Euro im Jahr 2015 gegenüber 2013 mehr, als die Regierung veranschlagt hat.

Die erste Möglichkeit sei der Vollständigkeit halber erwähnt. Sie erhöhen ein weiteres Mal die Grunderwerbsteuer, die einzige Steuer, die das Land verändern kann. Das scheidet wohl aus, weil Sie schon gegen die letzte Erhöhung gestimmt haben. Auf die Erhöhung von Steuern durch den Bund würden Sie sicherlich zurzeit nicht spekulieren wollen, oder doch? Das ist eine ganz interessante Frage, die wir im Laufe der Debatte noch klären können.

Zweite Möglichkeit. Sie erhöhen das strukturelle Defizit. Das geht. Der Doppelhaushalt liegt in 2015 immerhin um rund 300 Millionen Euro unter der gesetzlich erlaubten Verschuldung. Das ist ein Problem. Erstens genügt das nicht. 420 Millionen Euro sind mehr als 300 Millionen Euro. Zweitens würde das den Landeshaushalt auf dem Weg nach 2020 wieder relativ schnell einholen. Sie denken daran, am Ende muss die Null stehen. Drittens wäre es sicherlich nicht Ihr Anspruch, einen schlechteren Haushalt zu verabschieden als die Landesregierung. Das hoffe ich wenigstens, was die Verschuldung betrifft.

(Frau Klöckner, CDU: Geht gar nicht!)

Meine Damen und Herren, dann bleibt nur die dritte Möglichkeit. Man spart das an anderer Stelle mehr, was man hier zusätzlich ausgibt. Wie geht das? Wie das funktionieren soll, dafür fehlt mir, meine Damen und Herren, bei dieser Größenordnung allerdings die Phantasie.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nicht nur Ihnen!)

Ich gebe Ihnen drei Hinweise. Ich höre ab und zu „einkommensabhängige Schülerbeförderung“ und „Abschaffung der Beitragsfreiheit für die Kitas“. Wenn Sie das machen, sparen Sie ca. 130 Millionen Euro. Das ist nur eine Größenordnung, damit Sie das einordnen und in Ihre Überlegungen morgen in der Debatte aufnehmen können.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Wenn Sie die Altersvorsorge für die Beamten, also den Pensionsfonds, auflösen – das ist Ihr Klassiker –, entlasten Sie den Haushalt – jetzt geht es richtig um Geld – im Jahr 2015 um den Zuführungsbetrag von 686 Millionen Euro und führen das Vermögen des Fonds von 5,4 Milliarden Euro dem Land zu.

(Zuruf des Abg. Zehfuß, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit stellen Sie jedoch die Absicherung zukünftiger Pensionen in Frage.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Jetzt kommt der Test, wie das mit dem Konzept des strukturellen Defizits ist. Eine solche Operation verändert logischerweise, weil es sich einzig und allein um eine finanzielle Transaktion handelt, das strukturelle Defizit nicht. Es würde also keine Gegenfinanzierung für das bedeuten, was Sie offensichtlich als Wünsche mit sich tragen.

Letzte Anmerkung. Ich höre ab und zu bei Ihnen, man muss oben sparen. Jetzt sind wir einmal ganz tollkühn und sagen, wenn wir alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien bis 2015 abbauen würden, hätten wir schätzungsweise geringere Ausgaben in Höhe von rund 150 Millionen Euro. Ich rate Ihnen aber Folgendes: Wenn Sie irgendwann einmal gedenken, in diesem Land in den Ministerien Verantwortung zu tragen, lohnt es sich, wenn man Mitarbeiter hat. Eine Gegenfinanzierung stellt es auch nicht dar.

(Baldauf, CDU: Die lohnen sich auch in der Wirtschaft!)

Ich halte es schlichtweg für nicht möglich, solche zusätzlichen Belastungen in einer Größenordnung von 400 oder 420 Millionen Euro gegenzufinanzieren. Wo sollte das in einer solchen Größenordnung passieren, wenn logischerweise die ausgabenintensiven Bereiche Bildung, Beamten und Kommunen selbst nicht dazu herangezogen werden dürften, weil Sie offensichtlich dort aufstocken wollen?

Meine Damen und Herren, Sparen hat mit Akzeptanz zu tun. Akzeptanz hat damit zu tun, ob es bessere Alternativen gibt. Über die Alternativen müssen wir konstruktiv streiten, aber bitte in der richtigen Dimension, sonst ist die Diskussion nicht konstruktiv, sondern schlichtweg unehrlich.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich muss gestehen, dass es mich ein wenig enttäuscht hat, dass die erste Reaktion der Opposition auf den von uns vorgelegten Sparhaushalt so etwas wie ein pawlowscher Oppositionsreflex in Reinkultur war.

(Frau Klöckner, CDU: Hartloffscher?)

In kurzen Worten, wenn ich das so zusammenfassen darf, lautet Ihre Reaktion: „Zu wenig!“ – Zu wenig konsolidiert, zu wenig Geld für die Kommunen, zu wenig Geld für die Bildung und zu wenig Geld für die Beamten.

Meine Damen und Herren, für die weiteren Beratungen wünsche ich uns eine konstruktivere Kritik. Ich erwarte gar keine spektakulären neuen zusätzlichen Einsparvorschläge. Es wäre jedoch hilfreich, wenn Sie sich entschließen könnten, unsere zentralen Konsolidierungsmaßnahmen, die wir in unserem langfristigen Konzept dargestellt haben, im Interesse der Menschen in unserem Land und im Interesse der zukünftigen Generationen nicht ständig infrage zu stellen und so zu tun, als hätten Sie seriöse Alternativen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Seriosität ist ein gutes Stichwort für die Finanz- und Konsolidierungsplanung bis 2020. Sie wurde dem Landtag mit dem Doppelhaushalt zugeleitet und macht deutlich, wie weit wir auf dem Weg zur Neuverschuldung null bereits gegangen sind und welche Anstrengungen noch vor uns liegen.

Wenn man Aussagen über die Zukunft trifft, muss man Annahmen formulieren. Wir haben wie bereits bei der letzten Finanzplanung alle Annahmen bis ins Detail transparent gemacht. Wir haben für diese Legislaturperiode sehr genau beschrieben, in welchen Größenordnungen und mit welchen Maßnahmen die Verschuldung zurückgeführt werden soll.

Wir bewegen uns ziemlich punktgenau mit dem Doppelhaushalt und der neuen Finanzplanung auf dem Abbaupfad des strukturellen Defizits, den wir uns vorgenommen haben. Wir haben die zwei Jahre alte Planung aufgrund neuerer Erkenntnisse angepasst. Danach verändert sich der Abbaupfad leicht. Wir werden ein klein wenig schneller als ursprünglich geplant das strukturelle Defizit bis 2020 abbauen.

Meine Damen und Herren, ein Ergebnis ist allerdings interessant. Würde für Rheinland-Pfalz das gelten, was für den Bundeshaushalt bei der Schuldenbremse gilt, nämlich die Rückführung der strukturellen Neuverschuldung bis 2016 auf 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts – das ist die Schuldenbegrenzungsregelung für den Bund –, dann könnten wir Vollzug melden. Das werden wir – das zeigt die Finanzplanung – in 2016 erreichen. Ich bin mir ganz sicher, dass sich unsere Konsolidierung im Gegensatz zu der des Bundes in viel stärkerem Maße auf nachhaltige Einsparungen stützt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir wissen, dass das, was 2016 und in der nächsten Legislaturperiode des Landtags an Konsolidierung noch erreicht werden muss, nicht einfach werden wird. Wir haben ein starkes und nachhaltiges Fundament geschaffen. Dennoch wird die Diskussion über eine Begleitung des Konsolidierungsprozesses durch die Einnahmeseite nicht nur in den Bundesländern geführt werden.

Wir werden uns auf allen Ebenen bei Bund, Ländern und Kommunen die Frage stellen, inwieweit die Aufrechterhaltung eines handlungsfähigen Staates mit immer weiteren Kürzungen bei den Ausgaben noch möglich sein wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Gemeinwohl ist in einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft nicht irgendetwas Nachrangiges oder Zweitklassiges. Deshalb gilt für die Finanzpolitik dieser Landesregierung: Solidität und Solidarität sind zwei Seiten der

gleichen Medaille.

Vielen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich die Kolpingfamilie Dudenhofen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Die Beratung wird bis morgen, 09:30 Uhr, unterbrochen. Die Sitzung ist geschlossen.

E n d e d e r S i t z u n g: 14:59 Uhr.